

Balfour über die Kriegsziele.

London, 30. Juli. Bryce und Noel Buxton fordern im Unterhause eine deutlichere Erklärung der Politik der Regierung über die Annexionen. In seiner Antwort führte der Staatssekretär des Auswärtigen Balfour aus:

Die Debatte hat damit begonnen, nach welchen Methoden Oesterreich-Ungarn zu behandeln sei.

Wir wünschen, daß die Nationen, aus denen dieser Staat zusammengefaßt ist, in der Lage seien, auf eigenen Füßen ihre eigene Zivilisation zu entwickeln und die Bahn zu bestimmen, auf der ihre Entwicklung stattfinden soll. Das ist das allgemeine Prinzip.

Die Zeit ist nicht danach angetan, daß sich ein Minister des Außern mit Friedensverhandlungen beschäftigt. Die jeder-mann, dachte auch wir, als wir in den Krieg eintraten, hauptsächlich nur an die Notwendigkeit, Belgien zu verteidigen und zu verhindern, daß Frankreich vor unseren Augen zerschmettert werde. Diese beiden Beweggründe führten uns in den Krieg und wir hatten damals nicht den geringsten Gedanken an die großen Probleme, die sich im Verlauf des Krieges vor unseren Blicken eröffneten. Nur das war klar, daß wir nicht aus selbst-süchtigen Gründen in den Krieg eingetreten sind. Wir hören wieder und wieder die Phrase: „Keine imperialistische Politik, keine Kriegsentfesselung.“ Wir sind gewiß nicht für im-perialistische Ziele oder um eine Kriegsentfesselung zu er-halten, in den Krieg gegangen. Wir haben es getan und sind dabei geblieben, um Ziele zu erreichen

an deren Selbstlosigkeit niemand,

der die öffentliche Meinung Englands kennt, zweifeln wird. Deshalb brauchen wir von diesem Gesichtspunkt aus nichts aufzugeben. Wir befinden uns in einer anderen Lage als viele unserer Verbündeten, und zwar schon deshalb, weil keinem britischen Staatsmann, welcher Partei er auch immer angehören möge, jemals der Gedanke kommen konnte, in diesen Krieg zu gehen, um die britischen Besitzungen auf dem europäischen Fest-land zu vermehren. Das gibt uns gegenüber Amerika eine Stellung, die schwerlich eines der anderen kämpfenden Völker für sich in Anspruch nehmen könnte. Es wäre unweise, die Zukunft vorherzusagen zu wollen. Wir alle wünschen dasselbe. Wir alle wünschen, daß Europa aus diesen Kämpfen mit weniger Konfliktsstoffen hervorgehe, die die Menschheit trennen und die als beständige Reizmittel auf den nationalen Stolz, auf den Ehrgeiz und die Eitelkeit wirken. Wir wünschen die Aussichten auf einen künftigen Krieg zu verringern, indem wir die Zahl der Ursachen verringern, die die Nationen zu Kriegen treiben. Wir sind alle der Meinung, daß wir der Ausführung dieses Gedankens erheblich näher kommen, wenn wir die berechtigten nationalen Bestrebungen befriedigen.

Balfour erklärte weiter, er könne nicht verstehen, wie man, nachdem man Frankreich in allen diesen Kriegsjahren unterstützt und an Frankreich geglaubt hatte, daran zweifeln könnte, daß man fortfahren müsse, Frankreich zu unterstützen, an Frankreich zu glauben und ihm zu helfen, wieder das zu werden, was es vor den Angriffen im Jahre 1870 gewesen war. Elsass-Lothringen ist gewaltsam von Frankreich losgerissen worden. Seit 1871 habe auf beiden Seiten der leidenschaftliche Wunsch nach Wiedervereinigung keinen Augenblick aufgehört. Wenn wir nach diesem Kriege die europäische Karte verbessern wollen, so wünschen wir eine Karte von längerer Dauer, als sie ein Kongreß je geschaffen hat. Denn könnte jemand zweifeln, daß die Rückgabe des Gebietes, das Frankreich vor vierzig Jahren gewaltsam geraubt worden ist,

eine notwendige Gebietsveränderung sei?

Diese Frage gehört zu einer anderen Kategorie als die interessanten, bedeutenden und sogar vitalen Spekulationen über die künftigen Teile des europäischen Festlandes. Die Lösung dieser Fragen scheint mir ganz selbstverständlich, und es ist jedenfalls meine persönliche Überzeugung, daß, da Frankreich für Elsass-Lothringen kämpft, wir es unterstützen sollen. Frankreich kämpft natürlich nicht für Elsass-Lothringen allein, sondern geradezu um seine Existenz. Aber dieser Kampf, der ihm aufgezwungen worden ist, schließt dieses andere Problem in sich. Ich sage also, wenn wir entschlossen sind, zu verhindern, daß Frank-reich zerschmettert wird, dies darin eine Ergänzung findet. Wenn, wie ich glaube, der Krieg glücklich ausgeht, haben wir ein sehr nahe Interesse daran, daß das berechtigte Streben Frankreichs nach Wiederherstellung seines früheren Bestandes erfüllt wird.

Wir wünschen den Frieden so erfüllt wie irgend eines der Staatswesen.

die jetzt unter den Verlusten, Lasten und Tragödien des Krieges leiden. Der Frieden, den wir wünschen, ist ein Frieden, der nicht nur dauern soll, bis die Völker die Schrecken und die Erschöpfung halb vergessen haben, sondern ein Frieden, der, wie wir hoffen, zum Teil auf dem Wachstum einer nationalen Moralität beruhen wird, zum Teil auf der Bedeutung der internationalen Beziehungen, die einen überflüssigen Bruch des Weltfriedens zu einem Verbrechen stempeln werden, wofür ein Verbrechen bestraft wird, und darüber hinaus ein Frieden, der eine solche Neuordnung, eine solche Abwandlung der politischen Angelegenheiten Europas mit sich trägt, daß das Gleichgewicht der Macht genau in dem alten Sinne des Wortes nicht bestehen wird, sondern eine solche Regelung des Gemeinwesens Europas, die es den Friedensstörern bedeutend schwerer machen wird, den Boden zu finden, wo sie ihre bittere, verhängnisvolle Saat säen können und diese Saat selbst sehr viel unproduktiver machen wird, als es in unserer Zeit und der Zeit unserer Großväter und Urgroßväter der Fall war. Wie kann nun dieses Ziel erreicht werden? Wie wollen wir mit großen alten Monarchien wie Oesterreich-Ungarn ver-fahren? Wie werden Oesterreich-Ungarn und Deutschland ihre inneren Probleme

lösen, die sie selbst und niemand anderer lösen muß? Niemand kann dies in diesem Hause und im gegenwärtigen Stadium des Krieges wirksam erörtern. Ein Wort über die

Demokratisierung Deutschlands:

Wir alle hoffen, daß die Autokratie in Deutschland eine freie Regierung und parlamentarische In-stitutionen, wie wir sie unter parlamen-tarisch verstehen, flott machen wird. Es ist von maß-gebender Seite erklärt worden, daß es schwer sei, über einen dauernden Frieden zu verhandeln, wenn man es nicht mit einem Gemeinwesen zu tun hat, daß auf dem Volkswillen beruht und das nicht durch die finsternen Pläne einer Welt-herrschaft korumpiert ist. Aber das bedeutet nicht, daß jemand so töricht sei, anzunehmen, daß man Deutschland von außen her eine Verfassung auferlegen könne. Deutsch-land muß sein Heil selbst suchen. Die Nationen müssen ihre Freiheitspläne selbst suchen gemäß ihrer eigenen Ideen, ihrer Geschichte, ihrem Charakter und ihren Hoffnungen für die Zukunft. Aber wenn es wahr ist, daß die große Macht des deutschen Imperialismus auf dem Glauben beruhe, daß Deutschland nur unter einem imperialistischen System groß, mächtig und reich sein kann, dann können leicht, wie die Erfahrung lehrt, daß das imperialistische System nicht nur zu einer Zeit zum Triumph führen kann, sondern zu einer anderen unvermeidlich zu einem ebenso großen Unheil führen muß, diese Ideen, die 1848 einen so mächtigen Ausbruch gefunden und die alle deutschen Denker länger als eine Generation bis zur Herrschaft Bismarcks befeelt haben, mit neuem Glanz und neuer Kraft wieder auf-leben und dann wird Deutschland mit seiner ganzen Macht und Organisation und seiner ganzen ererbten Bildung an der Seite der Nationen stehen, die sich vor dem Kriege kaum vor-stellen konnten, wie ein Weltkrieg dieser Art absichtlich provoziert werden konnte, um kommerzielle und politische Interessen eines Staatswesens zu fördern. Wenn Deutsch-land in dieser Hinsicht das Niveau der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erreicht hat, darf man hoffen, daß jedenfalls einer der großen Friedensstörer der europäischen Geschichte ausgeschaltet ist. Ich weiß nicht, wer es wagen will, zu sagen, daß sich, wenn man auf die innere Lage Deutschlands blickt, soweit dies augenblicklich möglich ist, die Ideen, von denen ich gesprochen habe, tatsächlich in einer Weise abspielen werden, daß sie zur Hoffnung berechtigen, daß wir es selbst erleben werden. Ich bin sicher, daß, wenn es nicht dazu kommt, es auch keine Sicherheit für Europa geben wird. Ich glaube nicht, daß der europäische Friede gesichert werden kann, ehe Deutschland machtlos oder freigemacht ist.

Nichts ist mir deutlicher, als daß, wenn wir jene Poli-tik ausführen wollen, unsere unmittelbare Pflicht ist, nicht zu trödeln, welche Friedensbedingungen wir im einzelnen wünschen würden, wenn der Krieg zu Ende ist, sondern den Kampf mit aller verfügbaren Energie fortzusetzen. Wenn dieser Krieg nicht ein Vorpiel zu einem neuen Krieg sein soll, wenn der Krieg nicht mit einem deutschen Frieden endet, sondern mit einem Frieden, der sich dem Gewissen Amerikas und Groß-britanniens empfiehlt,

so würde es ein Friede sein, der schließlich wahrschein-lich Deutschland ebenso zum Segen gereichen würde wie der übrigen Welt;

aber jedenfalls würde es ein Friede sein, der nicht nur für Lebenszeit der Generation vorhält, die diesen furchtbaren Krieg begonnen hat, sondern der dauernd wirkt, bis wir das Stadium einer internationalen Entwicklung erreicht haben, die eine Wiederholung dieser Schrecken für unsere Kinder unent-schbar macht.

Snoden führte aus, nach der Rede Bonar Law habe es den Anschein, als ob die britische Regie-rung mehr als jede andere einem baldigen Friedensschluß im Wege stehe. Die Regierung behaupte, daß er und seine pazifistischen Freunde in einer Welt der Unwirklichkeit lebten. Aber das treffe auf die Regierung zu. Sie wisse nichts von den Ansichten Tausender Briten, nichts von dem Wechsel in den Ansichten der Soldaten. Wenn die Regie-rung irgend etwas über die französische Armee wüßte, so würde ihr bekannt sein, daß die Soldaten praktisch die Heeresleitung in die Hand genommen hätten; sie lehnten es ab, Ordre zu parieren. Jeder einsichtsvolle Franzose werde ihr sagen, daß, wenn der Krieg noch viel länger dauere, Frankreich dasselbe haben werde wie Rußland, nämlich die Revolution. Es bestehe keine Hoffnung, daß in zwölf Monaten die mili-tärische Lage besser sein werde, als jetzt. Nur würden weitere Millionen Menschenleben dahingepflegt und die Staatschuld um weitere zwei oder drei Milliarden Pfund Sterling ver-größert worden sein. Im Namen der Menschheit fordere er, daß der Krieg jetzt beendet werde.

Der Liberale Lees Smith bedauert, daß Asquith keine der vom Reichstag gestellten Fragen beantwortete. Redner fragte, ob der Leiter der liberalen Partei den Grundsatz „keine Annexionen“ auf die deutschen Kolonien anzuwenden bereit sei und belonte, es würde eine Schande sein, wenn ein Land, das angab, um der Gerechtigkeit willen in den Krieg einzutreten, mit einer Gebietsvergrößerung von einer Million Quadratmeilen aus dem Kriege herauskomme. Nichts habe das deutsche Volk so geeint, den deutschen Militarismus so gestärkt, wie die An-ländigung des Handelsbojotts und des Wirtschaftskrieges. Wenn die Regierung bei dieser Politik beharre, so treibe sie direkt in einen neuen Krieg hinein. Kein Volk werde einen Handelsbojott über sich ergehen lassen. Wenn es wünschenswert sei, daß in Deutschland die Demokratie aufgerichtet werde, so könne dies nur durch einen Frieden geschehen, der dem deutschen Volke zeige, daß der Militarismus für seine Sicherheit und seine unantastbaren Rechte unnötig sei.

Was Ramsay MacDonald sagte.

Bern, 1. August. MacDonald führte bei Be-gründung seiner Entschlieung im Unterhause am 26. Juli aus: Bismarck der Reichstag leider keine Kontrolle über Ministeranstellungen und keine direkte Verantwortlichkeit für die Politik des Landes habe, sei er dennoch die Ver-antwortung des deutschen Volkes. Von der großen Mehrheit der deutschen Volksvertreter angenommene Ent-schließungen, wie die in Frage stehende, seien der Aus-druck der Meinung des deutschen Volkes. Sonderbarerweise legte die englische Presse Gewicht auf die Entschlieung. Der Premierminister erwähnte sie aber in seiner neuerlichen Rede in der Ducenshall nicht einmal. Der Redner betonte, solche inoffizielle, ohne Mitwirkung der amtlichen Stellen abgegebene Erklärungen des Volkes seien

eine Warte für den wirklichen Verständigungsfrieden, den wohl fraglos die britische Regierung ebenfalls lieber wolle als einen diplomatischen Notbehelf oder einen militärischen Waffen-stillstand. Die Deutschen hegten offenbar die Überzeugung, daß sie einen Verteidigungskrieg führten, und glaubten, daß die wirt-schaftliche Eiserfücht der Grund des Krieges sei. Sie hätten Grund für ihr Mißtrauen angesichts der Teil-nahme Englands an den Beschlüssen der Pariser Konferenz, die ganz offen zeigte, daß Deutschland nach dem Kriege erdrückt werden solle. Derartige Mißverständnisse müßten beseitigt werden, wenn der Friede ein wirklicher Friede werden sollte. Ferner müsse England infolge der russischen Revolution seine Kriegsziele ändern, denn Rußland sei nicht mehr der Genosse der Kriegsziele von ehemals. Die britische Regierung schloß seit Kriegsausbruch Abkommen mit Italien und Rumänien, von denen das Land nichts wisse obwohl sie außerhalb des Landes offen besprochen würden. Die Regierung solle Tatsachen angeben und beweisen, daß zwischen den moralischen Erklärungen und den während des Verlaufes des Krieges abgeschlossenen Verträgen kein Wiber-spruch bestehe.